

Klare Worte in einer heftigen Debatte

„Ich wollte und will verändern, deshalb blieb ich in der Partei“

Wie Erzeugnisentwickler Heinz-Joachim Winter in Schwerin seine Position begründete

Zeitungsfrauen, Milchfahrer, Straßenbahner und andere Frühauferer der Bezirksstadt Schwerin mögen sich über jene Frauen und Männer gewundert haben, die Donnerstag früh gegen 4 Uhr die Halle am Fernsehturm verließen. Es waren die 650 Teilnehmer der 24. Kreisdelegiertenkonferenz der Partei, die - einer Diskussionsredner hatte sie als historisch bezeichnet - nach einstufigem Verlauf zu Ende gelangt war. Es war eine vom Ernst der Situation geprägte, kampferfüllte, leidenschaftliche und kritische Beratung gewesen, in der Parteigeschichte der Stadt ohnegleichen.

Groß war die Zahl der Genossen und Genossinnen, die ihre Meinungen und Vorschläge einbringen wollten. Gegen 22 Uhr endete antragsgemäß nach fünfstündiger Dauer die Diskussion, in der 20 Delegierte sprachen und über mehrere Dutzend Anfragen und Anträge entschieden worden war. Weitere 51 Wortmeldungen lagen vor.

Im Verlaufe der emotionsreichen Abrechnung mit Fehlern der Vergangenheit stellten mehrere Delegierte fest, daß unser Kampfband durch Machtmißbrauch, Arroganz und Schönfärberei auf allen Parteiebenen das Vertrauen des Volkes verloren hat. Aber ebenso ehrlich und kenntnisreich wurden von Diskussionsrednern neue Standorte bestimmt, um durch vorbildliche Leistungen an jedem Platz sich eine neue Position zu schaffen. Bei allen Problemen, die sich gegenwärtig vor

unserer Partei auftürmen, wird spürbar, daß Hoffnung besteht, wenn es uns gelingt, energisch, konsequent und besonnen die Reformen in der Partei, im Staat, in der Wirtschaft anzugehen.

Denkanstöße dafür gab in seinem Diskussionsbeitrag der 37jährige Erzeugnisentwickler Heinz-Joachim Winter. Er arbeitet im VEB Lederwaren Schwerin und gehört der Partei seit 13 Jahren an. Mancher in seinem Kollegenkreis habe die Partei in den letzten Tagen verlassen, auch ihm „fehlte Offensive und Schöpfergeist in der Parteiarbeit“. Dem geachteten Fachmann und Genossen sei jedoch klar gewesen, würde er die Partei verlassen, folgten ihm andere. „Das kann doch nicht der Sinn der geleisteten Arbeit sein, ich wollte und will verändern, Verantwortung übernehmen. So blieb ich in der Partei und stehe heute erleichtert vor euch, denn ich habe mich nicht aus der Verantwortung gestohlen.“

Weiter sagte er: Wir brauchen ein neues Statut, ein wirklichkeitsnahes Programm und nach den Offenbarungen der letzten Tage eine neue sozialistische Partei. An der Basis, dort wo wir tagtäglich arbeiten, unterscheiden wir nicht in solchen Kategorien wie „die Basis hat gute Arbeit geleistet - die Führung hat versagt“, da ist Genosse Genosse und Partei Partei; und da werden Fehler auf alle bezogen. Ich bin für die Trennung von Staats- und Parteiführung. Unsere Partei muß

wie jede andere Partei und die sich bildenden Bürgergemeinschaften um Vertrauen und schließlich um politische Macht kämpfen. Dazu brauchen wir Demokratie und Programme, die die Mehrheit unseres Volkes überzeugen, die die Interessen in Realität wandeln läßt. Das Hauptfeld dazu ist und bleibt die Wirtschaftspolitik. Dazu erwarten wir von unserer Partei eine klare Konzeption, deren Inhalt nur sein kann, einen möglichst hohen Gewinn für die sozialistische Gesellschaft leistungsgerecht zu verteilen. Ich bin in der Vergangenheit als Abteilungsleiter Erzeugnisentwicklung an unseren Ämtern zweifelt, an den theoretischen Besessenen. Nichts gegen die Existenz von Beratern, Gutachtern und anderer Experten, doch muß deren Status unbedingt geändert werden, denn auch im Sozialismus ist der Kunde König und nicht sein Amtsschimmel. Wir brauchen und schaffen einen Sozialismus, in dem ehrliche, aufgeschlossene, kämpferische und selbstkritische Parteien eine Lebenschance haben. Wir sind deshalb für die Neugründung einer sozialistischen Partei, einer Partei der Arbeiter, aller Arbeiter, nicht nur der mit Hammer, Schaufel, Pflug und ölverschmiertem Gesicht, nein, auch der Arbeiter mit Zirkel und Computer, weißem Kittel und runzeliger Stirn, schloß Heinz-Joachim Winter.

Entsprechend dem Delegierten-schlüssel wählte die Konferenz 25 Parteitagdelegierte. Roland Reppich

Überlegungen im Bezirk Suhl

Statt Arbeiterpartei eine Partei der Werktätigen

Suhl. Die SED verstehe sich im Bezirk Suhl künftig nicht als Arbeiterpartei, sondern als Partei der Werktätigen. Denn es gelte zum Beispiel die Rolle der Intelligenz völlig neu zu überdenken, sagte Suhl 1. SED-Bezirkssekretär, Peter Pechauf, vor der Presse des Bezirkes. Da das Thema des Führungsanspruchs zudem „längst vom Leben überholt“ sei, wolle sich die Partei in dem Thüringer Bezirk in Kürze gleichfalls mit allen anderen Partnern an einen runden Tisch setzen. Die SED habe im Bezirk Suhl in jüngster Zeit etwa 15 Prozent ihrer einst 76 000 Mitglieder verloren, zwei Drittel davon Arbeiter. Als Gründe dafür nannte Peter Pechauf den Vertrauensverlust bei vielen aufrechten, stets mit ganzem persönlichem Einsatz engagierten Genossen. Gerade sie fühlten sich durch das Handeln von Honecker, Mittag, Albrecht und anderen, die nicht die Partei darstellten, betrogen.

Nicht zuletzt dadurch befänden sich viele Grundorganisationen in einem desolaten Kaderzustand, seien Sekretäre und Leitungen zurückgetreten. Persönlich sei er der Auffassung, daß im Vorfeld des außerordentlichen Parteitages Neuwahlen von der Basis her günstiger gewesen wären. Sie hätten die grundlegende Erneuerung der SED begründet und den oft noch herrschenden Kampf alter Denkleistungen gegen den Widerstand der Mitgliedschaft beendet.

Peter Pechauf bestärkte die Presse in ihren Aktivitäten, absolute Ehrlichkeit als einzige Chance in der derzeitigen Situation walten zu lassen. Die Bezirksleitung habe außerdem damit be-

gonnen, ihren Apparat drastisch sowohl personell als auch materiell zu reduzieren. Das betreffe auch das künftige Sekretariat, das noch halb so stark sei wie bisher. Gleichzeitig formierten sich Kräfte der Partei neu, allerdings in einem Spektrum von kommunistischen Linkskräften bis hin zu sozialdemokratischen Richtungen. Deshalb gelte es jetzt, sich nicht länger bei sich selbst aufzuhalten, sondern bei schnellster Aufklärung und Analyse der Fehler und Vergehen ein Konzept für eine konstruktive gleichberechtigte Arbeit zu schaffen. Auch im Bezirk Suhl, sagte Peter Pechauf, sei das Hineinreglementieren ohne Kompetenz wie bei Wirtschaftsfragen vorbei, funktioniere das Alltagsleben trotz Problemen bei Arbeitskräften und Material.

Auch die öffentliche Ordnung sei gewährleistet, trotzdem die zur BRD offene Staatsgrenze - 400 Kilometer lang im Bezirk Suhl - mit ihren elf statt sonst zwei Übergängen große materielle und personelle Anstrengungen erfordere. Zum Problem einer Wiedervereinigung beider deutschen Staaten betonte er, sie stehe auch aus seiner Sicht nicht zur Diskussion. Der Aufruf von namhaften Persönlichkeiten unseres Landes habe deshalb seine volle Zustimmung. (ADN)

„Oktoberstage im Politbüro“

Interview von „Freie Presse“ mit Siegfried Lorenz

Unter der Überschrift „Oktoberstage im Politbüro“ schildert Politbüromitglied Siegfried Lorenz in einem Interview der „Freie Presse“ vom Donnerstag Ereignisse und interne Auseinandersetzungen in der SED-Spitze während der vergangenen Monate. Viele Genossen der alten Führung hätten bis zuletzt eine Sicht auf die Dinge gehabt, die an der Tragweite und der Tiefe der im Leben vor sich gehenden Prozesse völlig vorbeigab. Mit Halbwahrheiten, mit kosmetischen Korrekturen habe man über die Runden kommen wollen.

Der aktuelle Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen im Politbüro, heißt es im Interview, waren die unterschiedliche Beurteilung der Ausreisewelle im August und das immer drängendere Aufkommen vieler kritischer Forderungen durch Massendemonstrationen, von der Basis der Partei, aus Arbeitskollektiven, von Künstlern und Wissenschaftlern. Insbesondere von Genossen Krenz repräsentiert und zu der sich auch Siegfried Lorenz zähle, die zu diesen Fragen Entscheidungen forderte. Vor dem Jahrestag der Republik seien diese Probleme von Erich Honecker, flankiert von anderen wie Günter Mittag, vom Tisch gewischt worden. Als Erich Honecker krank war und Günter Mittag die Politbürositzungen leitete, habe es scharfe Auseinandersetzungen gegeben, im wesentlichen hervorgerufen von Günter Schabowski, Werner Krokowski und ihm. „Bei den damaligen Kräfteverhältnissen im Politbüro konnten wir keine Entscheidung durchsetzen. Günter Mittag hat das offensichtlich in Abstimmung mit Erich Honecker verhindert. Sie glaubten, die Situation mit administrativen Mitteln bewältigen zu können, während wir eine politische Lösung forderten.“ Bei der Ignoranz der Schwere der Situation spielte der Begriff „Unterbinden“ eine besondere Rolle.

Die Position von Egon Krenz lautete nach den Worten von Siegfried Lorenz: Politische Konflikte muß man unbedingt mit politischen Mitteln lösen. Das war der Kernpunkt einer dramatischen Sitzung am 10. und 11. Oktober. Wir forderten eine Erklärung, die eindeutig die Vorgänge im Lande als eine krisenhafte Situation charakterisierte und die Notwendigkeit politischer Lösungen hervorhob. Die von Egon Krenz vorgeschlagene Erklärung ist zunächst von Erich Honecker mit der Behauptung, das bedeute eine Spaltung der Führung, abgelehnt worden. Dieser Haltung schlossen sich am deutlichsten Günter Mittag und Joachim Herrmann an, andere

nahmen einen unentschlossenen Standpunkt ein. Der Druck und die Argumente der Basis, die wir in die harte Auseinandersetzung einbrachten, waren schließlich maßgebend für die veröffentlichte Erklärung. Damit war im Grunde genommen erst der Anfang gemacht. Allerdings haben wir durch den verantwortlichen Starsinn enorm Zeit und vor allem Handlungsfähigkeit verloren. Hauptverantwortliche für den alten Kurs mußten abgelöst werden, die Auseinandersetzung darüber am 17. Oktober dauerte wiederum einen ganzen Tag, bevor die Entscheidung zu Erich Honecker, Günter Mittag und Joachim Herrmann getroffen war.

Auf die Frage der „Freie Presse“, wie ihm dabei persönlich zumute gewesen sei, antwortete Siegfried Lorenz u. a.: „Das Argument, die Einheit und Geschlossenheit der Parteiführung nicht zu gefährden, hat sowohl Egon Krenz, mich und andere Genossen davon abgehalten, zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt Entscheidungen über Grundfragen zu suchen. Das war aus heutiger Sicht eindeutig ein falsches Verhalten. Ich mache mir hier selbst Vorwürfe, daß ich seit vier Jahren Politbüromitglied bin. Selbstverständlich ist die Einheit der Partei unverzichtbar, aber wir dürfen zu keiner Zeit wieder zulassen, daß dieses lebenswichtige Prinzip der Einheit mißbraucht wird, um Ergebnisse zu einer Person oder einer Gruppe hervorzuheben. Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person müssen wieder zu Grundnormen unserer Partei gehören.“ Diese Erkenntnis sei ihm nicht über Nacht gekommen, sondern der Widerspruch zwischen seinen Erwartungen an die Arbeit im Politbüro und dem, was er zunehmend an Verdrängung von Problemen, an Schönfärberei, an Hinausschieben von Entscheidungen und Halbwahrheiten erlebte, sei immer größer geworden. Hinzu käme, daß die Mehrheit der Politbüromitglieder durch Günter Mittag vorsätzlich über die Wirtschaftslage desinformiert wurde.

Als einen zentralen Punkt des außerordentlichen Parteitages der SED bezeichnete Siegfried Lorenz die Frage nach Garantien, daß nicht Machtmißbrauch und Führungsschwäche wieder zu einer derartigen Situation im Lande führen können. Es gehe um gründliche und ehrliche Analysen der Ursachen, Fehler und Versäumnisse. „Nur so können wir zu einer tiefgreifenden Erneuerung, zu einem Neubeginn kommen, auch zu einem neuen Zentralkomitee, das vom Vertrauen der Delegierten und damit der Mitglieder getragen ist.“

Meinungen, Argumente

Ich erwarte nicht Geschenke wie bei vergangenen Parteitagen, sondern handfeste Beschlüsse. Dazu gehören vor allem solche Maßnahmen, die es mir nach 20 Jahren Mitgliedschaft der SED auch weiterhin ermöglichen, Genosse zu bleiben - und zwar in einer Partei, die der Meinung, dem Willen und Wirken des Volkes entspricht. Ich erwarte endlich eine Partei, in der die Genossen bestimmen und nicht der Apparat. Und um den Bürgern wieder in die Augen sehen zu können, erwarte ich schnellstens eine offene Abrechnung mit der Politik der letzten Jahre und den dafür Verantwortlichen. Ich will

wissen, wem ich noch trauen kann. Als Bürgermeister einer Stadt mit rund 17 300 Einwohnern habe ich auch konkrete Vorstellungen für eine neue Kommunalpolitik. Ein Vorschlag besteht darin, die bis dato üblichen Kommunalverträge in gesetzliche Kommunalabgaben umzuwandeln. Damit würden die Abgeordneten und ihre örtlichen Räte nicht mehr als Bittsteller vor den Betrieben stehen. Und die Betriebe wiederum müßten materielle und finanzielle Leistungen zur Verschönerung ihres Territoriums abgeben.

Parteitagsdelegierter Wolfgang Bernicke, Bürgermeister in Genthin

Die Zukunft der SED - im Betrieb oder Wohngebiet?

Die tiefgreifende Reform des politischen Systems, die auf der Tagesordnung steht, führt zu einer pluralistischen Gesellschaft, in der die SED ihren Platz neu bestimmen muß. Als „Gleiche unter Gleichen“ wird sie bei den im kommenden Jahr stattfindenden freien, allgemeinen und geheimen Wahlen um das Vertrauen der Wähler mit ihren Vorschlägen zur revolutionären Erneuerung des Sozialismus ringen.

Die Forderung nach wirklicher Machtausübung durch das Volk verlangt, daß die Volksvertretungen von nun an ihre Funktion als souveräne Machtorgane, die nur dem Volk verantwortlich sind, uneingeschränkt ausüben können. Das heißt, daß die parlamentarische Arbeit der SED einen weitaus höheren Stellenwert erlangt. Da die Wahlen in den Territorien stattfinden, die zu wählenden Kandidaten sich hier vorstellen und gewählt werden müssen und auch hier wieder Rechenschaft gegenüber ihren Wählern ablegen müssen, ist es zwingend erforderlich, daß sich die SED vorrangig in Parteiorganisationen entsprechend der Wahlkreise organisiert. Die bisherigen Parteiorganisationen in den Territorien genügen den neuen Anforderungen nicht.

Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die anderen Parteien in Ortsgruppen wirken und sich in der Vergangenheit schon vielfach gute Positionen im Territorium erarbeitet haben. Jeder kann sich vorstellen, welche Chancen ein zu wählender Abgeordneter der SED hat, der sich - wie bisher praktiziert - meist nur kurz vor der Wahl einmal im Wahlkreis zeigt und den Bürgern so gut wie nicht bekannt ist.

Die Abgeordneten der SED in den Volksvertretungen sollten engen Kontakt mit den Parteiorganisationen im Wahlkreis halten, mit ihrer Unterstützung öffentliche Foren veranstalten, wo sie die Positionen der SED zu den notwendigen Erneuerungsprozessen einbringen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die territorialen Parteileitungen den Abgeordneten lediglich Empfehlungen für ihr Auftreten geben können, da diese in erster Linie ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig sind.

Die Beantwortung der Frage nach dem künftigen Wirken der Partei in den Betrieben verlangt zunächst, sich Klarheit darüber zu verschaffen, daß die angestrebte Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit eine völlige rechtliche Gleichstellung aller politischen Parteien einschließt. Das bedeutet, entweder allen Parteien das Recht einzuräumen, sich in den Betrieben und Einrichtungen zu organisieren oder es für alle gleichermaßen zu verbieten.

Wir vertreten den Standpunkt, daß allen politischen Parteien das demokratische Recht der Bildung von Organisationen in den Betrieben und Einrichtungen zugestanden werden müßte. Zweifellos hat insbesondere die SED auf Grund ihrer sozialen Zusammensetzung daran ein vitales Interesse. Angesichts des zentralen Stellenwerts der Arbeit, der revolutionären Wandlungen in den Produktivkräften und der damit verbundenen sozialen Konsequenzen bedeutete ein vollständiger Verzicht auf das Wirken insbesondere im Bereich der materiellen Produktion für die SED, wesentliche Felder der Interessenvertretung der Werktätigen aufzugeben und damit

auch ihren Einfluß in der Gesellschaft insgesamt, einschließlich bei Wahlen, zu schwächen.

Gleichzeitig damit wird sich das Wirken der Partei in den Betrieben vor allem aus zwei Gründen einschneidend verändern. Zum einen ist das die strikte Abgrenzung der Funktionen von staatlichen, wirtschaftsleitenden Organen und Partei. Dies beinhaltet, daß die bisherige Praxis direkter Vorgaben durch die Partei, deren oftmals administrative Einmischen in die operative Leitungstätigkeit konsequent überwunden werden müssen. Das erfordert, daß das unrechtmäßigerweise im Statut der SED (Abs. 63) formulierte Kontrollrecht der Parteiorganisationen über die Betriebsleitungen gestrichen wird.

Zum anderen wird die angestrebte radikale Wirtschaftsreform zur Folge haben, daß die staatlichen Leiter und Arbeitskollektive in der Volkswirtschaft in einer bisher nicht gekannten Art und Weise ökonomischen Zwängen unterliegen, die nicht durch Weisungen von Leitungen irgendeiner Partei eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden können.

Wie die Inhalte und Formen der Parteiarbeit konkret auszu-sehen haben, ist zweifellos in der ganzen Partei weiter zu diskutieren. Aus unserer Sicht möchten wir dazu folgende erste Überlegungen beisteuern. Zukünftig muß die gesamte Parteiarbeit konsequent außerhalb der Arbeitszeit erfolgen. Dies ist sowohl ein ökonomisches Erfordernis als auch eine Konsequenz aus der gleichberechtigten Stellung aller Parteien.

Die neue Stellung der SED in den Betrieben und Einrichtungen gebietet es auch, auf hauptamtliche Funktionen zu verzichten. Im gleichberechtigten Dialog mit den anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften werden die Genossen und Parteiorganisationen alle Gremien demokratischer Meinungsbildung zur Vorbereitung von Entscheidungen nutzen. Ein solches gesellschaftliches Engagement sowie eine vorbildliche Arbeitseinstellung jedes einzelnen Genossen werden wesentlich das Ansehen der Partei bestimmen.

Die Dezentralisierung in der Wirtschaftsebene eröffnet auch neue Möglichkeiten, auf die ökonomische und soziale Entwicklung in den Wirtschaftseinheiten Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig werden auch vollkommen neue Probleme entstehen. So wäre es u. E. eine Herausforderung an die Mitglieder der SED, Versuchen einer Überbetonung kurzfristiger betrieblicher Interessen, etwa Erhöhungen der Löhne und Preise für Erzeugnisse des Betriebes, zum Nachteil langfristiger Interessen der gesamten Gesellschaft, entgegenzuwirken. Positionen müssen die Genossen in den Betrieben auch dazu entwickeln, wie sie sich zur konsequenten Durchsetzung des Leistungsprinzips und den möglicherweise damit verbundenen sozialen Spannungen stellen.

Praktisch geht es jetzt darum, die Parteiarbeit in den Betrieben auf die neuen Bedingungen einzustellen und zu beginnen, kampfstärke Parteiorganisationen in den Wahlkreisen zu bilden. Dieser Prozeß muß so erfolgen, daß die Aktionsfähigkeit der Partei erhalten und gestärkt wird, und zwar sowohl im Betrieb als auch im Territorium.

Dr. Heidemarie Angele  
Dr. Manfred Heinrich  
Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Angemerkt

Schmerzlich

Was Tag für Tag über Machtmißbrauch, Korruption und maßlose Vergeudung von Volkseigentum durch einige „Persönlichkeiten“ publik wird, ist schier unerträglich. Als hauptamtlicher Parteisekretär spüre ich täglich hautnah die wachsende Bitterkeit und Enttäuschung der Menschen. Täglich kommen Genossen, erfahrene, ehrliche, und geben zutiefst enttäuscht von „ihrer Führung“ das Parteidokument ab. Das sind auch gerade für mich schmerzliche Augenblicke.

Statt Vertrauen aufzubauen, bauen wir Vertrauen ab, wie der Hidschack um Wandlitz zeigt. Genossen, die jahre-, jahrzehntelang ehrlich und aufopferungsvoll gearbeitet haben, geraten so in Mißkredit, weil der Name SED täglich neu besudelt wird und weil vor allem längst notwendige Konsequenzen, parteiliche und strafrechtliche, ausbleiben. Das hat mit einer Vorverurteilung, die wir nicht wollen, nichts mehr zu tun. Hier muß sofort und mit aller Konsequenz gehandelt werden.

Ich verlange:  
- die sofortige Eröffnung von Parteiverfahren und ihre öffentliche Bekanntmachung;  
- die sofortige Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen und ihre öffentliche Bekanntmachung.

Es ist endlich offen, ehrlich und sauber mit Machtmißbrauch, Korruption, Vergeudung u. a. m. abzurechnen. Nur so haben wir eine Chance für unsere Zukunft in einem gedeihlichen Sozialismus. Dafür will ich all meine Kraft einsetzen.

Klaus Schulz,  
ParteiSekretär der  
SED-Grundorganisation des  
VEB Plasmasschinenwerk  
Schwerin

Am runden Tisch Stimme und Sitz - aber nicht den Vorsitz

„Anforderungen an uns selbst - Gedanken für eine neue sozialistische Gesellschaft“ - unter diesem Titel erarbeitete und debattierte die SED-Bezirksleitung Halle auf ihrer Mittwoch-Sitzung ein Diskussionspapier, das den Mitgliedern bei der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages helfen soll. Darin wurde der Vorschlag des halleischen Oberbürgermeisters aufgenommen, daß alle, die sich dem Wohl der Bürger verpflichtet fühlen, an einem runden Tisch gleichberechtigt Platz nehmen. Die SED möchte dort Stimme und Sitz. Der Vorsitz sollte ständig wechseln.

Zugleich sprach sich die Bezirksleitung dafür aus, einen baldigen Volksentscheid über die wichtigsten Daseinsfragen der Bürger der DDR im Zusammenhang mit dem Verfassungsentwurf herbeizuführen. Unter anderem gehe es um grundlegende Entschlüsse zur sozialistischen Souveränität der DDR und ihrer Rolle in Europa, zum Termin und Modus freier Wahlen, zur weiteren Gestaltung der Eigentumsformen im Sozialismus und zur neuartigen Stellung von politischen Parteien sowie gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen. Festgeschrieben ist der Standpunkt, daß die Partei weiterhin politische Arbeit in Betrieben und Einrichtungen leisten soll um allen Genossen Unterstützung zu geben und Vertrauen unter den Werktätigen wiederzugewinnen. Zugleich müsse der Parteiparat erheblich reduziert und neustrukturiert werden.

Podiumsgespräche

Freitag:

Kurzer Abriss weißer Flecken - Verdrängung und Aufarbeitung der Parteigeschichte

mit: Prof. Walter Wimmer, Prof. Walter Schmidt, Prof. Günter Bense, Prof. Rolf Richter, Prof. Heinz Voßke

Montag:

Quotierte Gleichberechtigung?

Ort: Haus des ZK, Eingang Oberwasserstraße  
Zeit: jeweils 10 Uhr.

Handeln, Mithelfen nötig

Ich bleibe nicht „noch in der Partei, bis...“, sondern ich bleibe in meiner Partei, weil meine Partei wurzelt im Kampf Tausender, die durch Höllen gingen, um die tausendjährige Ausbeutung des Menschen für immer zu beseitigen und eine Ordnung der menschlichen Gesellschaft zu schaffen, in der nicht ein einziger mehr in Hunger und Elend leben muß. Arbeiterbewegung und Antifaschismus sind keine leeren Begriffe, sondern historische und erlebte Vergangenheit und Gegenwart! Sie dürfen nie vergangen sein.

Ich bleibe in meiner Partei, weil sie die Partei Ernst Thälmanns, Wilhelm Piecks und auch Otto Grotewohls ist, die historisches Neuland beschriftet und unsere Werktätigen zu Leistungsheldern historischen Ausmaßes führte. Ich bleibe, weil meine Partei aus Rückschlägen und Niederlagen lernte und lernen und nochmals lernen und umdenken wird, um den besten Weg durch und für unser Volk zu finden. Ich bleibe nicht „noch, bis...“, denn das hieße abwarten. Jetzt ist intensivstes Nachdenken, Handeln und Mithelfen jedes Mitgliedes unserer Partei gefragt. Erst in Stürmen zeigt sich ein ehrlicher Kommunist. Es muß wieder Leninsche Bescheidenheit Grundzug aller in unseren Reihen werden, was die Bereitschaft einschließt, die Interessen unseres Volkes über die eigenen zu stellen. Für Arroganz auf allen Ebenen ist kein Platz. Wir müssen mithelfen, daß wieder moralisch-

ethische Werte wie Achtung vor den Menschen und dem von ihnen Geschaffenen, Hilfsbereitschaft, Güte, Toleranz den ihnen gebührenden Platz einnehmen. Und Mut, Kampfbereitschaft und Ehrlichkeit.

Ich bleibe, denn ich habe die Zuversicht und die Gewißheit, daß meine Partei die erforderliche Kraft und Klugheit besitzt, für einen Sozialismus zu wirken, in dem jeder Bürger sich in seiner Individualität verwirklichen kann und wird. Und dabei darf das Verhältnis zur Sowjetunion nie wieder gestört werden.

R. Freund,  
Piesporter Straße 86,  
Berlin, 1120

Der Werteverfall ist allgemein

So erschreckend die jetzt erscheinenden Berichte über den Amtsmißbrauch ehemals führender Parteifunktionäre auch sein mögen, man sollte bei aller Enttäuschung nicht vergessen, daß solche Erscheinungen nur der krasseste Ausdruck eines unsere ganze Gesellschaft durchziehenden Betrug-, Korruptions- und Privilegiensystems sind. Wer kennt sie nicht, den Herrn A, der 50 Mark überreicht, damit eine Reparatur schnell und ordentlich erledigt wird, den Herrn B, der dieses Geld mit geübter Handbewegung einstreicht, drei Stunden arbeitet und sechs anspricht, die Frau C,

Entschieden gegen Diskriminierung

Die Genossen der WPO 13, Berlin-Lichtenberg haben die sich seit dem 18. Oktober 1989 immer mehr häufenden Informationen über die Tiefe der politischen, ideologischen und ökonomischen Krise, in der die Partei und die DDR stecken, unterschiedlich aufgenommen: Wir fühlen uns betrogen, wir sind bestürzt, entsetzt, verzweifelt, empört. Aber wir resignieren nicht. Wir stehen zur qualitativen Erneuerung der Partei und werden dabei mittun. Unbeirrt vertreten wir weiter unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung, deren zeitgemäße Anwendung zum gesellschaftlichen Fortschritt führt.

Um das überzeugt tun zu können, fordern wir vom außerordentlichen Parteitag Beschlüsse, die sichern: den Rücktritt des Zentralkomitees, des Politbüros und anderer zentraler Parteiorgane; eine ehrliche und schonungslose Offenlegung der Ursachen für die Krise; die Benennung der Schuldigen und eine selbstkritische Rechenschaft der ehemaligen Parteiführung; die Aufdeckung ihres politischen Machtmißbrauchs und ihrer Privilegien; die Sicherung der Einheit und Reinheit unserer Partei, der innerparteilichen Demokratie und des demokratischen Zentralismus;

die Offenlegung der Parteifinanz-

Die neugewählte Parteiführung sollte darüber nachdenken, wieviel weniger Gehalt Parteifunktionäre der ersten Stunde erhalten und mit welchen geringen Renten sie leben müssen. Sie kommen nicht in den Genuß der Zusatzrente.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Diskriminierung unserer Partei, weil wir uns, wie Millionen Kampfgenossen, nichts vorwerfen haben. Die Partei wird leben und kämpfen. Mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften werden wir auch in Zukunft aktiv sein.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.  
Ilse Kelbert-Girard,  
i. A. der Parteileitung

Wer entscheidet über Gästehäuser?

Auf öffentlichen Demonstrationen und Foren wird immer wieder die Forderung erhoben, Parteischulen, Gästehäuser und Ferienheime der SED zur allgemeinen Nutzung beziehungsweise an andere Organisationen, Institutionen und Gemeinden zu übergeben. Als Genossen sind wir eigentlich immer davon ausgegangen, daß diese Einrichtungen ausschließlich durch Gelder der SED errichtet wurden. Wenn diese Annahme richtig ist, müssen wir fragen, mit welchem Recht Anhänger des Neuen Forums und anderer Gruppierungen diese Forderungen erheben dürfen. Wie oft wurden wir von Nichtgenossen „mitleidig“ belächelt, wenn von unserem monatlichem Beitragsaufkommen die Rede war. Daher sind wir der Meinung, daß ausschließlich durch uns Genossen zu entscheiden ist, was mit diesen Einrichtungen zu passieren

hat. Denn bisher waren ZK-Heime und Gästehäuser für uns Genossen der Basis auch „Sperrzone“. Unser Privileg bestand darin, monatlich unseren Beitrag zu bezahlen.

Weiter möchten wir zu bedenken geben, daß gerade in dieser Phase der Umgestaltung, in der viele junge, unerfahrene Genossen, die bereit sind, in dieser für die Partei so schwierigen Situation Leitungsfunktionen zu übernehmen, unbedingt durch entsprechende Schulungen darauf vorbereitet werden müssen. Daher kann es nicht sein, daß zur Beruhigung der Gemüter durch führende Funktionäre unserer Partei die anderweitige Nutzung der Parteischulen angeboten wird.

Parteigruppe der Staatlichen Qualitätsinspektion des ASMW im Kombinat SKL  
Magdeburg

Vor Eifer nicht ungerecht werden

Man hört heute viele ungeheuerliche Aussagen über die SED. Ich muß dabei an die vielen Mitglieder unserer Partei denken, die sich von 1945 an ehrlich für eine neue Gesellschaft, den Sozialismus, eingesetzt haben. Diese Genossen und auch die jüngeren sind enttäuscht und genauso empört wie alle anderen Bürger. Unser Vertrauen ist ebenso mißbraucht worden, aber nicht durch die eigentlichen Ideale der Partei, sondern durch führende Funktionäre. Es ist nur zu begrüßen, wenn sich heute viele Bürger für die Durchsetzung von Gerechtigkeit einsetzen. Man sollte aber vor Eifer nicht ungerecht werden gegen ehrliche Menschen.

Manfred Süßmann,  
Lehrer an der  
Nikolai-Ostrowski-Oberschule  
Neuhäusen